

Ökologie

Sind Naturkatastrophen natürlich?

Von Karl Lindt | 29. September 2005

Wie viel Verantwortung hat der Mensch für den Treibhauseffekt und die aktuelle Häufung von Naturkatastrophen? Ist Kyoto ein ernsthafter Versuch etwas zu ändern?

Wie viel Verantwortung hat der Mensch für den Treibhauseffekt und die aktuelle Häufung von Naturkatastrophen? Ist Kyoto ein ernsthafter Versuch etwas zu ändern?

Zwar streiten sich die WissenschaftlerInnen immer wieder inwieweit der Mensch für den momentanen Klimawandel verantwortlich ist. Es ist aber unbestreitbar, dass es in den letzten tausenden von Jahren nie zu einem so schnellen Wandel des Klimas in einem so kurzen Zeitraum kam wie in den letzten 150 Jahren.

Was passiert momentan mit der Erde?

Die Atmosphäre bildet um die Erde eine Schutzhülle aus Gas. Darunter befindet sich eine Schicht von sog. Treibhausgasen, wie z.B. CO₂. Ohne den durch diese Gase verursachten Treibhauseffekt wäre auf der Erde kein Leben möglich. Vergleichbar mit einem Gewächshaus wird ein Teil des in Wärme umgewandelte Sonnenlichtes zurückgehalten und kann somit nicht ungehindert in das Weltall zurückkehren.

Vom Jahr 1000 bis 1850 kann man ein leichtes Absinken der Temperatur (-0,25 Grad Celsius) beobachten. Aber seit diesem Zeitpunkt, dem Beginn der Industrialisierung, steigt die Temperatur auffallend. Ursache ist die Verbrennung der fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas), die zusätzliches Kohlendioxid (CO₂) und andere Klimagase in die Atmosphäre einbringen. Die Gase reichern sich in der Atmosphäre an und vermindern immer stärker die Wärmerückstrahlung vom Erdboden ins All. So ist die Durchschnittstemperatur seit dem Anfang der Industrialisierung um 0,7 Grad Celsius angestiegen, am stärksten in den letzten 10 Jahren. Die gegenwärtige Erderwärmung ist statistisch signifikant und deshalb nicht alleine aus natürlichen Klimaschwankungen zu erklären. Führende KlimaforscherInnen gehen davon aus, dass in diesem Jahrhundert die

Durchschnittstemperatur nochmals um 1,4 bis zu 5,6 Grad steigen könnte. Der Meeresspiegel werde zwischen 11 und 88 Zentimetern steigen. Das arktische Eis sei bereits um 10 bis 15 Prozent zurück gegangen, die Eisdecke auf Flüssen und Seen schmelze zwei Wochen früher als vor 150 Jahren. In Europa blühten Gartenpflanzen 1993 im Schnitt 10,8 Tage länger als 35 Jahre zuvor. Wetterkatastrophen haben in den 90er Jahren Schäden in Höhe von 40 Milliarden Dollar im Jahr verursacht; in den 50er Jahren "nur" von 3,9 Milliarden Dollar.

Kyoto – Klimaschutz im realexistierenden Kapitalismus

Das im letzten Februar in Kraft getreten Kyotoprotokoll ist ein Klimaschutzabkommen der UN-Organisation

United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). Das Protokoll wurde schon 1997 auf der dritten internationalen Klimakonferenz im japanischen Kyoto verhandelt und verabschiedet. Es ist eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung, in der sich die jeweiligen Länder zu konkreten Verringerungen ihrer Treibhausemissionen bis 2012 verpflichten. Insgesamt soll zwischen 2008 und 2012 eine Reduzierung um mindestens fünf Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 erreicht werden.

188 Staaten haben dieses multilaterale Abkommen unterschrieben. Von den Industrieländern fehlen nur die USA als größter CO₂-Verursacher. Dass die Bush-Administration sich seit ihrer Amtseinführung 2001 konsequent gegen ein internationales Klimaschutzabkommen gestellt hat, da es der nationalen Wirtschaft schaden würde, nahmen viele UmweltschützerInnen, NGOs, aber auch viele BürgerInnen in Europa zum Anlaß zu Kritik an den USA. Derweilen wurde immer wieder betont, wie fortschrittlich doch Deutschland in Sachen Klimaschutz sei. Ist Kyoto wirklich die Rettung? Sicherlich nicht. Selbst bei den meisten NGOs und den Umweltverbänden, die Kyoto Ende der 90er Jahre wenigstens noch als Anfang von irgend etwas gesehen hatten, ist die Hoffnung zumeist verflogen.

Kyoto und die verlorene Hoffnung

Viele kritisieren die geringen Reduktionsziele für CO₂ im Protokoll. Es ist zu bezweifeln, dass Kyoto überhaupt nennenswerte Veränderungen für das Klima bewirken kann. So soll sich der Temperaturanstieg mit den im Protokoll verankerten Zielen nur um 0,1 °C abschwächen. Außerdem verfolgt fast kein Staat die Ziele konsequent. In Deutschland kam es zwar seit 1990 zu Verringerungen der CO₂-Emissionen um etwa 20 Prozent, diese sind jedoch vor allem auf den Zusammenbruch der schadstoffintensiven ostdeutschen Industrie nach der Annektierung der DDR zurückzuführen. In den meisten anderen Staaten kam es zu teils drastischen Erhöhungen der Ausstoßmengen. Europaweit, vor allem auch in der BRD, stieg der CO₂-Ausstoß im Straßenluft- und Schiffsverkehr seit 1990 stark an. Mit einer Abnahme dieser Emissionen ist nicht zu rechnen. Die Sanktionen bei Verstoß gegen die Reduktionsziele des Protokolls sind zudem nur marginal. Die großzügige Anrechnung von CO₂-Senken in Form von Wäldern lassen es sowieso fragwürdig erscheinen, ob von den Staaten angegebene Reduktionsziele in der Realität auch erreicht oder nur statistisch herbeigerechnet wurden. Wie sehr das Vertragswerk von den multinationalen Konzernen beeinflusst ist und an den Interessen der Menschen vorbeigeht, hat spätestens die sechste Vertragsstaatenkonferenz 2002 gezeigt. Indigene Völker hatten dort eine Veranstaltung zum Kyotoprotokoll unter dem Titel "Über fünf Millionen Wörter und nicht eine einzige Nennung von indigenen Rechten" initiiert. Diese Millionen Wörter wurden in internationalen Verhandlungen produziert. Die indigenen Völker haben solche Verhandlungen, die sie doch selber sehr betreffen, immer nur vom Rand aus beobachten dürfen. Auf der Veranstaltung wurde u.a. aufgezeigt, dass Kyoto die unterentwickelt gehaltenen Länder zu CO₂-Müllkippen missbraucht. Das Protokoll erlaubt den Industrieländern nämlich, einen Teil ihrer CO₂-Reduktion durch Klimaprojekte in "Entwicklungsländern" zu erzielen. Das sind in der Praxis oftmals schnellwachsende Baum-Monokulturen wie z.B. Eukalyptusplantagen. Durch die Anpflanzung von großen Plantagen, den damit verbundenem Einsatz von teils hochgiftigen Spritzmitteln, dem Bau von Transportstraßen usw. wird der lokalen Bevölkerung oftmals die Lebensgrundlage geraubt. Wenn ein Ackerbauer in Brasilien enteignet wird damit auf seinem Acker eine Eukalyptusplantage angepflanzt werden kann, ist der Sinn dieser Maßnahme schon schwer genug zu verstehen. Wenn mensch bedenkt, dass diese Plantage dann dazu dient, dass in den USA oder in einem anderen Industrieland ein paar Kilo mehr CO₂ in die Luft geblasen werden können, wird Kyoto endgültig zur Farce.

Während Kyoto solche sog. Clean-Development-Mechanism (CDM) festlegt, garantiert es den großen Energiekonzernen kostenlos riesige Mengen an Emissionsrechten. Sie können also weiter ungehindert die Luft mit CO2 vollpumpen. Wie wenig es im Interesse der Regierenden liegt, die wirklichen Ursachen der Klimaveränderung zu bekämpfen, ist auch daran zu sehen, dass z.B. staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe und wie diese auf regenerative Energiequellen umgelenkt werden können, keine Rolle spielten. Ganz zu schweigen davon, dass Kyoto etwas am Konsumverhalten, der "Wegwerfgesellschaft" oder gar am Kapitalismus kritisieren würde.

Keinen Umweltschutz ohne Sozialismus – kein Sozialismus ohne Umweltschutz

Da die kapitalistische Wirtschaft alleine auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, kann es in diesem System niemals einen konsequenten Umweltschutz geben. Die Ausbeutung der Umwelt ist genauso systemimmanent wie die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Die Unternehmen sind bei "Strafe ihres Unterganges" gezwungen, Güter nicht auf die nach Stand der Technik umweltverträglichste, sondern auf die für sie kostengünstigste Weise zu produzieren. So gut wie nie ist es dabei für Unternehmen wirtschaftlich sinnvoll, ökologisch zu produzieren. Güter wie Luft, Gewässer oder Natur im Allgemeinen können durch die Unternehmen zumeist kostenfrei genutzt werden, ohne dass ihnen die sozialen und ökologischen Folgekosten der Nutzung in Rechnung gestellt werden. Ein Beispiel unter tausenden ist die Nutzung der Atomenergie und die daraus entstehenden Probleme. Eine Überstrapazierung der natürlichen Ressourcen durch die kapitalistischen Unternehmen bedeutet nur in seltenen Fällen direkte finanzielle Einbußen für das Unternehmen. Ein Beispiel für einen solchen Fall wäre die Überfischung der Meere durch die großen Fabrikschiffe. Aber selbst wenn Unternehmen, wie momentan die Erdölindustrie, bemerken dass "ihre" Ressourcen nur noch wenige Jahre bzw. Jahrzehnte ausreichen werden und mittelfristig damit auch ihr Profit gefährdet ist, bedeutet das nicht, dass diese Erkenntnis mit einem Umdenken verbunden wäre. Die Erdölindustrie wie z.B. Shell investiert zwar heute in Solarenergie und anderen Projekte zu regenerativen Energieerzeugung damit sie ihren Profit in der Zukunft sichern können, aber an einem Umstieg auf erneuerbare Energieträger hat der Konzern nach eigenen Angaben solange kein Interesse bis das letzte profitabel zu fördernde Öl aus dem Boden gepresst wurde. Und bis dahin wird seitens der Ölkonzerne, der Autoindustrie usw. jedes noch so kleine Vorhaben zur Verringerung des Erdölverbrauchs und der CO2-Emissionen aus allen Rohren torpediert.

Eine Wirtschaft, die mit den natürlichen Ressourcen und der Umwelt im Allgemeinen so umgeht, dass auch noch kommende Generationen eine lebenswerte Erde vorfinden können, ist im Kapitalismus nicht möglich. Ein rationaler Gebrauch der Natur und ihrer Güter kann erst in einer Wirtschaftsordnung realisiert werden, die nicht so anarchisch ist wie die kapitalistische. Wie wichtig der Schutz der Umwelt ist, haben wir in den letzten Wochen in New Orleans gesehen. Da die Schäden, die die Ausbeutung der Umwelt hinterläßt, oft irreparabel sind und teilweise noch in Jahrmillionen wirken werden (Stichwort: Atommüll) müssen wir aber schon jetzt aktiv werden, wenn wir irgendwann in einer besseren Welt leben möchten.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Donnerstag den 29. September 2005
in der Kategorie: **Ökologie, RSB4.**

